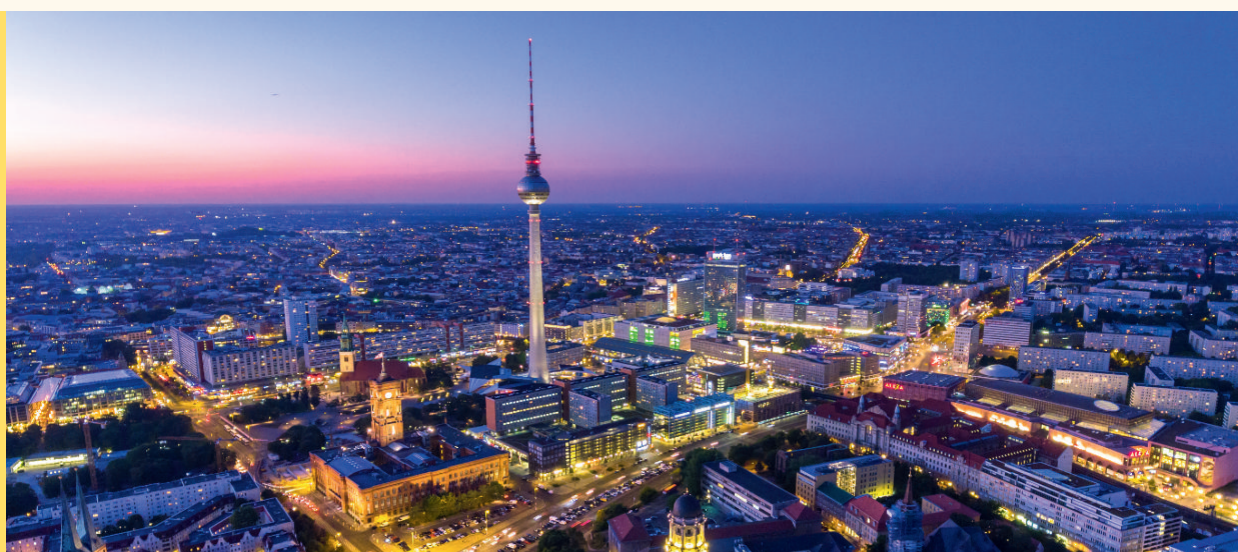


Unternehmensverbände
Berlin-Brandenburg



BERLINER ABGEORDNETENHAUS-WAHL 2023:

Starke Wirtschaft Starke Stadt

1

Krise gemeinsam meistern

2

Investieren muss sich lohnen

3

Energieversorgung sichern und modernisieren

4

Endlich die **Bildung** besser machen

5

Attraktiver werden für **Fachkräfte**

6

Den **Verkehr** zum Fließen bringen

7

Bremsen beim **Bau** lösen



ABGEORDNETENHAUS-WAHL 2023:

Starke Wirtschaft – starke Stadt

Für die Unternehmen in Berlin ist vor der erneuten Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus eines klar: Das wichtigste Ziel des neuen Senats muss es sein, der Wirtschaft auf jede erdenkliche Art den Rücken zu stärken. Die Betriebe brauchen die besten Bedingungen für neue Investitionen und Arbeitsplätze. Gute Standortbedingungen verdienen Priorität. Eine starke Wirtschaft ist der Garant für eine starke Stadt – das ist unser Credo.

Warum sehen wir das so? Die vergangenen Jahre waren geprägt von krisenhaften Entwicklungen und Umbrüchen. Zu Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Digitalisierung und der Dekarbonisierung kam die Coronapandemie hinzu. Der rechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine war ein weiteres unvorhersehbares Ereignis, dessen Folgen kaum überschätzt werden können. Der Krieg hat eine Energiekrise ausgelöst, die Preise für Rohstoffe und Vorprodukte in die Höhe schnellen lassen und das grenzüberschreitende Miteinander in Frage gestellt. Nicht nur die wirtschaftlichen Folgen sind desaströs. Wir erleben einen Epochenwechsel.

Viele der unmittelbaren Folgen der jüngsten Krisen hat der Staat auffangen können. Der Bund und das Land Berlin haben mit einer Reihe von Maßnahmen und Hilfsprogrammen die schwersten Lasten von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen übernommen. Dieses außergewöhnliche Engagement war gut und richtig. Eine jahrelange Phase mit Wirtschaftswachstum und hunderttausenden neuen Arbeitsplätzen hat erst den nötigen finanziellen Spielraum dafür geschaffen.

Doch die Möglichkeiten des Staates sind nicht unbegrenzt. Er braucht eine starke Wirtschaft im Rücken, die mit ihrer Wertschöpfung erst die

Möglichkeit dafür schafft, dass der Staat handelt und seine Aufgaben erfüllt.

Zudem stecken die Unternehmen mittendrin in der Transformation. Sie arbeiten daran, sich auf die neuen Herausforderungen einzustellen und resilienter zu werden.

Starke Wirtschaft – starke Stadt: Der nächste Berliner Senat muss die Unternehmen dabei unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und zu erhöhen. Das kann er am besten, indem er seine Kernaufgaben zuverlässig erledigt. Deshalb muss sich der nächste Koalitionsvertrag auf die auf den folgenden Seiten genannten Punkte konzentrieren:

Der Staat braucht eine starke Wirtschaft im Rücken, die mit ihrer Wertschöpfung erst die Möglichkeit für politisches Handeln schafft.





Krise gemeinsam meistern

Die Firmen tun alles, um die Krise zu überstehen. Dabei brauchen sie auch die **Unterstützung der Politik**. Es ist richtig, die Energiepreise zu deckeln. Damit können die massiven Kostensteigerungen begrenzt werden. Wo es nötig ist, muss die Liquidität der Unternehmen weiter gestärkt werden. Es muss alles unternommen werden, um in diesem und im kommenden Winter eine Gasnotlage zu verhindern.

In der aktuell schwierigen Phase darf es **keine zusätzlichen Belastungen der Wirtschaft** geben. Die Bundesregierung sieht ein Belastungsmoratorium für die Betriebe als wesentliches Element ihrer Politik an. Das muss auch für das Land gelten. Zusätzliche Kosten, weitere bürokratische Verfahren oder kompliziertere Genehmigungen darf es gerade in dieser schwierigen Situation nicht geben. Dazu gehören beispielsweise eine Ausbildungsplatzabgabe, eine weitere Verschärfung der Bauordnung oder Erschwernisse für den Wirtschaftsverkehr. Weder die aktuelle Krise noch den Klimawandel oder die Energiewende werden die Betriebe bewältigen, wenn immer neue Lasten drohen. **Planungssicherheit und kalkulier-**

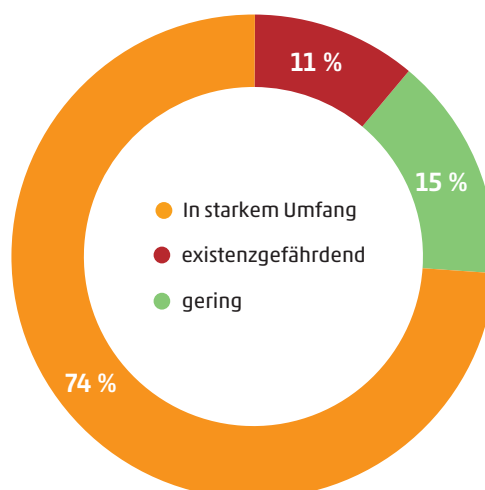
bare Rahmenbedingungen bleiben wichtige Standortfaktoren.

Berlin muss zu jeder Zeit finanziell handlungsfähig sein. Derzeit liegt die Gesamtverschuldung bereits bei 67 Milliarden Euro. Schon jetzt sind die zusätzlichen, krisenbedingten Ausgaben eine Bürde. Möglicherweise werden – je nach Verlauf der Krise – in den kommenden Monaten noch weitere Hilfen notwendig.

Die Politik sollte aber der Versuchung widerstehen, alle durch den Krieg verursachten Kostensteigerungen durch Ausgabenprogramme abfedern zu wollen. Das würde die Mög-

lichkeiten der Landesfinanzen übersteigen und große Lasten für zukünftige Generationen hinterlassen. Es braucht das klare Bekenntnis, die Verbindlichkeiten in konjunkturell guten Zeiten rascher als bislang geplant abzubauen.

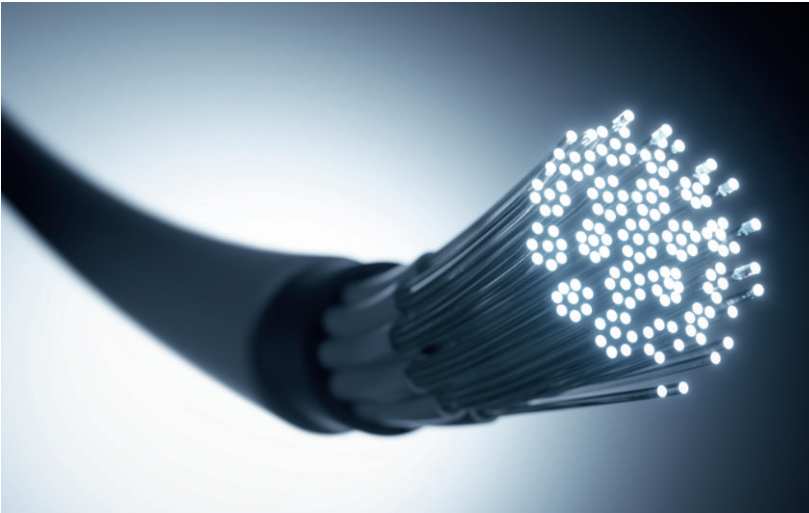
Außerdem sehen wir es mit Sorge, dass der Staat zunehmend privates wirtschaftliches Engagement zurückdrängt und das Wirtschaften übernimmt – bei der Pflege von Parks, bei der Reinigung von Schulen oder bei den Energienetzen. In der Sozialen Marktwirtschaft sollte, wo immer möglich, privaten Unternehmen die Initiative überlassen bleiben.



Belastung für die Industrie

So stark ist die Metall- und Elektroindustrie in Berlin vom Anstieg der Energiepreise betroffen.

VME-Umfrage in 10/2022



2

Investieren muss sich lohnen

Angesichts der multiplen Krisen müssen die Unternehmen **in neue Technologien und Energiequellen** investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Für den Industriestandort Berlin bedeutet das, dass Investoren Unterstützung von Politik und Verwaltung benötigen.

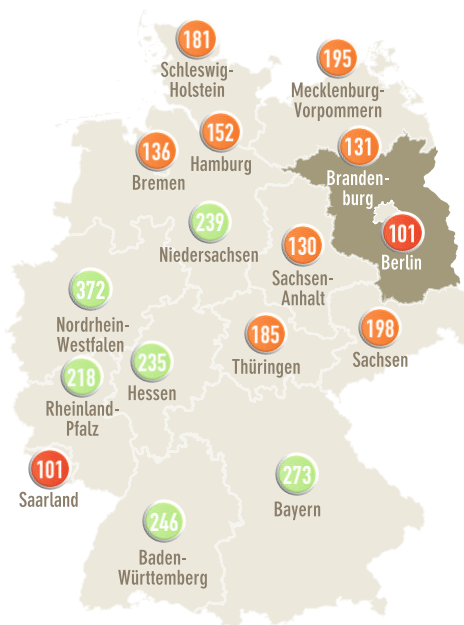
Es wird Zeit, dass die Berliner **Verwaltung ihr Strukturproblem endlich überwindet** und sich wirtschafts- und bürgernäher aufstellt. Statt langwieriger Verfahren brauchen die Unternehmen **weniger Bürokratie, schnelle Entscheidungen und klare Zuständigkeiten** zwischen Land und Bezirken. Zudem verläuft die Digitalisierung von Online-Dienstleistungen der Verwaltung im Vergleich zu anderen Bundesländern schleppend. Mehr Tempo und gestraffte Verwaltungsverfahren würden auch öffentliche Investitionen erleichtern, etwa in den Wohnungsbau, in die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude oder in die Sanierung und den Bau von Straßen, Schulen und Brücken.

Im Detail fordert die Wirtschaft, die Genehmigungsfiktion für alle bau-relevanten Bereiche zuzulassen. Bei neuen Gesetzen, die die Wirt-

schaft betreffen, muss nach einer bestimmten Laufzeit evaluiert werden, welche Kosten sie verursachen und ob sie weiterhin notwendig sind. Zudem brauchen wir einfachere Vergabeverfahren ohne politische, vergabefremde Vorgaben. Stattdessen hat der Senat mit der Einführung einer Tariftreue bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ein neues Ausmaß an Bürokratie geschaffen. Das macht Vergaben nicht nur teurer. Unternehmen haben es nun deutlich schwerer, sich an öffentlichen Ausschreibungen zu beteiligen. Einen

weiteren Anstieg des Vergabe-Mindestlohns lehnen wir ab.

In Sachen Infrastruktur ist ein **digitales, industriefähiges und flächendeckendes Breitbandnetz** ohne Alternative. Nicht nur High-tech-Unternehmen und Startups verlangen moderne digitale Strukturen, bezahlbare Gewerbeflächen und eine attraktive Verkehrsanbindung. Diese Themen adressiert der Stadtentwicklungsplan Wirtschaft, der deshalb zügig umgesetzt werden muss. Der Masterplan Industriestadt Berlin und die Startup-Agenda setzen auf die Innovationskraft einer engen Zusammenarbeit von Industrieunternehmen, Startups und Hochschulen. Damit diese Strategien Erfolg haben, sind ausreichend Finanzen und Personal nötig.



Berlin mag es analog

So viele der **575** Leistungen des Onlinezugangsgesetzes, die der Staat für Bürger und Unternehmen bis Ende 2022 online anbieten soll, hatten die Bundesländer im November 2022 umgesetzt.

Quelle: dashboard.ozg-umsetzung.de, Grafik UVB





Energieversorgung sichern und modernisieren

Die Versorgungssicherheit mit Energie ist einer der wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. Russlands Angriffskrieg hat schlagartig klar gemacht, wie gefährlich es für eine Industrienation ist, sich von einzelnen Lieferanten oder Energieformen abhängig zu machen oder kritische Infrastruktur zu verkaufen. Die Unternehmen tun derzeit alles, um ihre Energieversorgung effizienter zu machen, zu diversifizieren und die Kosten zu senken. Hier können sie jede Unterstützung gebrauchen.

Betriebe, die von Gas auf andere Energieträger umstellen wollen, sollten dies schnell und unbürokratisch tun können. Das gilt auch für den **Umstieg auf erneuerbare Energiequellen**. Monatelange Wartezeiten wegen ausbleibender Genehmigungen des Netzbetreibers etwa für PV-Anlagen sind nicht hinnehmbar. Wir brauchen ein eindeutiges Bekenntnis der Politik zum Energieträger Wasserstoff und mehr Tempo bei der Umsetzung. Hier ist eine enge Zusammenarbeit mit Brandenburg zwingend. Die Geothermie kann einen wichtigen Beitrag zur Versorgung der Gebäude mit Wärme leisten. Private Haushalte und die öffentliche Hand soll-

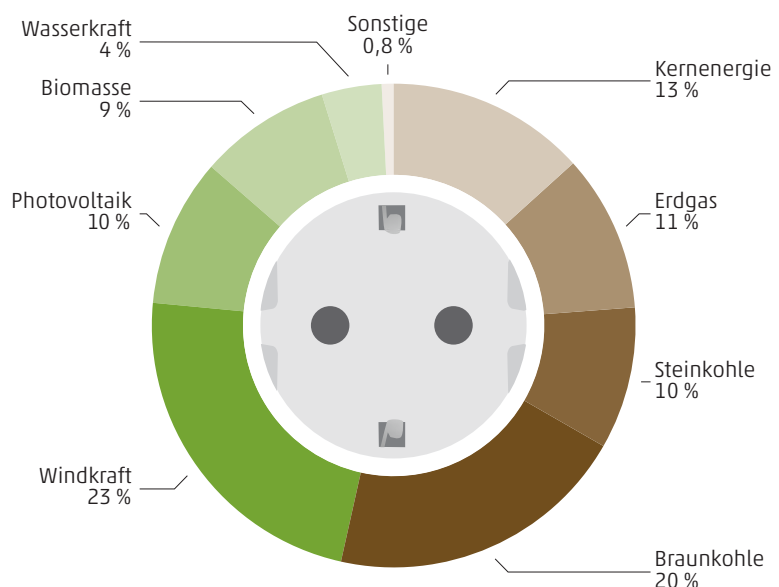
ten ihren Energiebedarf senken, wo immer es möglich ist. Der Staat muss hier mit der beschleunigten Sanierung seiner Liegenschaften vorangehen. Generell ist es eine wichtige Aufgabe, die energetische Sanierung auch der privaten Immobilien voranzutreiben.

Für eine Abkehr von fossilen Energieträgern ist zudem der **Ausbau der Ladesäulen-Infrastruktur** nötig. Hier kann Berlin zusammen mit pri-

vaten Investoren und anderen Unternehmen noch deutlich zulegen.

Vorerst sind Treibstoffe und Baustoffe auf Mineralöl-Basis für die Unternehmen aber nicht wegzudenken. Für die Versorgung der Hauptstadtregion zeichnet hier die **Raffinerie des PCK Schwedt** verantwortlich. Gemeinsam mit dem Bund und dem Land Brandenburg muss Berlin an einer dauerhaften Lösung für den Standort arbeiten.

Stromerzeugung Deutschland 2021
Daten Fraunhofer ISE 2021





4

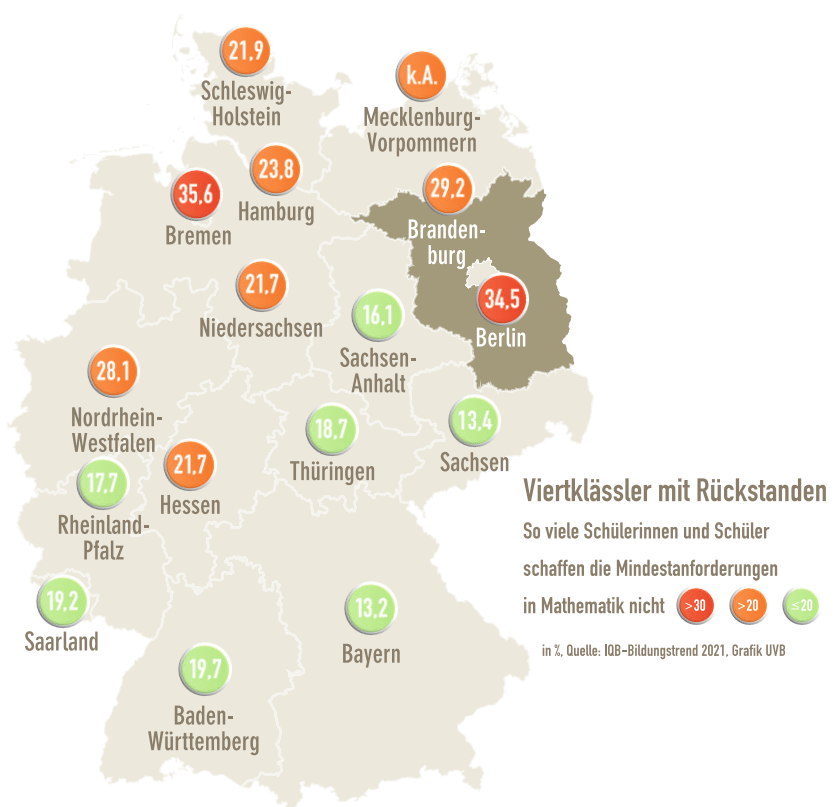
Endlich die Bildung besser machen

Wir müssen mit einer erstklassigen Bildung alle Potenziale heben, um die Fachkräfte-Problematik zu lösen. Berlins Schülerinnen und Schüler schneiden in allen Vergleichstests unterdurchschnittlich ab. Etwa jeder zehnte junge Mensch verlässt die Schule ohne Abschluss. Zuletzt haben Grundschüler im IQB-Vergleich äußerst dürftige Ergebnisse erzielt. Konzepte für **mehr Schulqualität** liegen auf dem Tisch, werden aber seit Jahren nicht umgesetzt. Das Thema Bildung erfordert Investitionen an den richtigen Stellen und politischen Gestaltungswillen.

Um die Defizite des Berliner Schulsystems zu beheben, hat eine Expertenkommission um Professor Olaf Köller bereits 2020 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Wir raten, ihn eins zu eins umzusetzen. Das bedeutet regelmäßige und verbindliche Lernstandserhebungen, klare Kosten-Nutzen-Analysen bei Bildungsprojekten, ein stärkeres Augenmerk auf Qualität, gerade bei der Qualifizierung von quereinsteigenden Lehrkräften, professionellere Schulleitungen und ein austariertes System aus Eigenverantwortung und Unterstützung für die Schulen. Das geplante Institut für Schulqualität

muss seine Arbeit zügig aufnehmen. Auch der Neubau und die Sanierung von Schulen müssen schneller vorankommen. Parallel dazu müssen die Schulen beim Thema Digitalisierung aufs Tempo drücken und die Mittel aus dem „Digitalpakt Schule“ konsequent abrufen.

Das duale Studium ist eine hervorragende Möglichkeit für Studierende, Theorie und Praxis zu verbinden. Die Empfehlungen der Landeskommision „Duales Studium Berlin“, die zu neuen dualen Studiengängen und zu Fortschritten bei der Qualität rät, müssen finanziell und strukturell abgesichert werden.





Attraktiver werden für Fachkräfte

Auf allen Ebenen fehlen der Berliner Wirtschaft Arbeits- und Fachkräfte. Die demografische Entwicklung ist schon heute eine echte Herausforderung. Wenn wir nicht gegensteuern, entwickelt sich aus dem Personalmangel eine echte Wohlstandsbremse. Es gilt, alle Potenziale, Talente und Arbeitskräfte zu nutzen.

Das beginnt bei der **Berufsorientierung in den Schulen**. Ein neues Landeskonzept „Berufliche Orientierung“ muss die Grundlage für eine verbindlichere und praxisnähere Berufsorientierung sein. Junge Menschen sollten früh das Berufsleben und die vielen verschiedenen Karrieremöglichkeiten kennenlernen. Auch beim Übergang von der Schule in den Beruf weist Berlin Defizite auf. Die Jugendberufsagentur braucht Zugang zu individuellen Daten und Profilen von jungen Frauen und Männern mit schlechteren Ausbildungsvoraussetzungen. Sie muss analysieren können, wie ihnen wirkungsvoller geholfen werden kann, sie intensiver beraten und bis in ein berufliches Bildungsangebot begleiten.

Die **duale Ausbildung** ist einer der wichtigsten Wege, um Fachkräfte für die Zukunft zu mobilisieren. Be-

rufsschulen und Oberstufenzentren müssen modern und zeitgemäß ausgestattet werden und brauchen mehr qualifizierte Lehrkräfte. Eine Ausbildungumlage wäre eine Sackgasse. Sie würde hohe Kosten und viel Bürokratie verursachen, aber kein einziges Problem lösen. Ohnehin mangelt es nicht an Ausbildungsplätzen – vielmehr gibt es mehr Angebote als Bewerberinnen und Bewerber. Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit zeigt nicht das ganze Bild.

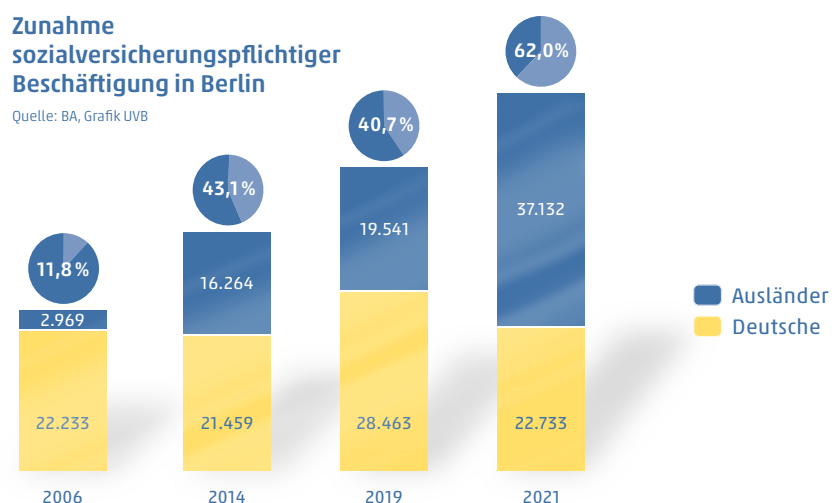
Um mehr Frauen möglichst für eine Vollzeit-Beschäftigung zu gewinnen, sind weitere Anstrengungen

für ein besseres Kinderbetreuungsangebot nötig.

Auch die **Zuwanderung von Arbeits- und Fachkräften** ist wichtig, damit die Firmen genügend qualifiziertes Personal finden. Schon heute vergeben Unternehmen sechs von zehn neu geschaffenen Stellen an Zuwanderer aus dem Ausland. Anerkennungsverfahren, bei denen das Land zuständig ist, müssen gestrafft werden. Eine neue Zuwanderungsstrategie auf Bundesebene muss dies flankieren. Außerdem brauchen wir eine schnellere Zuverlässigkeitsüberprüfung bei sicherheitsrelevanten Berufen.

Zunahme sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in Berlin

Quelle: BA, Grafik UVB





6

Den Verkehr zum Fließen bringen

Die Hauptstadt ist darauf angewiesen, mit Waren und Dienstleistungen rund um die Uhr versorgt zu werden. Dafür sind leistungsfähige Straßen und schwerlasttaugliche Brücken unabdingbar. Auch für die hunderttausenden Pendlerinnen und Pendler zwischen Berlin und Brandenburg braucht es eine leistungsfähigere **Verkehrsinfrastruktur**. Die Fortschritte bei Ausbau und Instandhaltung kommen nicht schnell genug. Dies gilt insbesondere für den öffentlichen Nahverkehr. Der Ausbau der ÖPNV-Verbindungen ins Umland (i2030-Programm) muss schneller kommen als bis 2035, wie bislang geplant.

Für den Wirtschaftsverkehr liegt bereits seit längerem ein vollständiges Kapitel für das **Mobilitätsgesetz** vor. Es muss zügig im Abgeordnetenhaus verabschiedet werden. Das gilt ebenso für das fertige Kapitel „Neue Mobilität“, dessen Kern eine **Datenplattform** zur Erfassung und Modellierung der Verkehrsströme ist. Diese Daten müssen die Entscheidungsgrundlage bei zukünftigen Infrastruktur-Projekten sein.

Dies ist insbesondere wichtig für die Entwicklung der **Infrastruktur in der Berliner Innenstadt**. Die Zukunft des Verkehrs darf hier nicht ohne die Wirtschaft geplant werden. Die Attraktivität von Handel,

Hotels und Restaurants hat eine überragende Bedeutung sowohl für Einheimische als auch für Touristinnen und Touristen. Die Politik muss zuerst ein Einvernehmen mit diesen Branchen herstellen, bevor sie grundlegende Entscheidungen fällt. Alle zuständigen Senatsverwaltungen müssen sich auf ein einheitliches Vorgehen verständigen.

Wichtige Infrastrukturprojekte wie die **Verlängerung der A100** über den Treptower Park hinaus (also der 17. Bauabschnitt) müssen wie vorgesehen umgesetzt werden. Bei der Realisierung der **Tangentialverbindung Ost** benötigen wir mehr Tempo.

Die Lebensadern der Stadt – für Sicherheit, Versorgung und Entsorgung

Angaben gerundet, pro Jahr





Bremsen beim Bau lösen

Berlins Bevölkerung wächst weiter, auch wegen des steigenden Arbeitsplatz-Angebots der Unternehmen. Doch der Wohnungsbau kommt seit Jahren nicht hinterher. Knappe Flächen, hohe Preise und politische Hürden bremsen. Die Hauptstadt braucht einen Kurswechsel, sonst verschärft der Wohnungsmangel die Personalnot der Firmen weiter.

Viele Berliner **Behörden bremsen und verteuern den Bau**, ebenso zahlreiche Vorschriften und Normen. Auch das Vergaberecht gehört dazu. Im Ergebnis ist der Bau günstiger Wohnungen in der Innenstadt praktisch nicht möglich, zumal die Kapitalmarktbedingungen ungünstiger geworden sind. Ein Runder

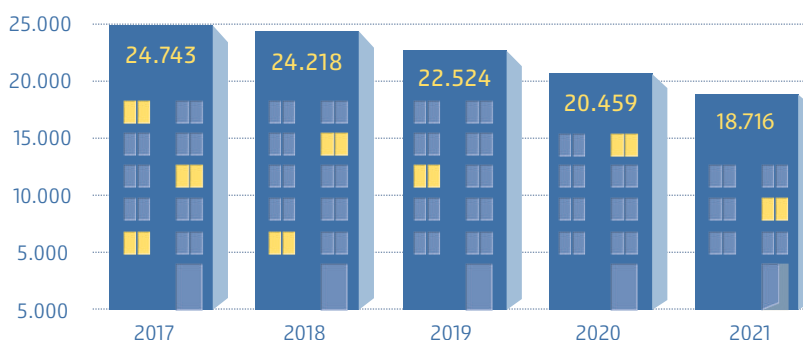
Tisch mit allen Akteuren muss die Regularien unter die Lupe nehmen und das Bauen vereinfachen und beschleunigen. Bestimmungen, Genehmigungsprozesse, Beteiligungsverfahren und vieles mehr müssen hier auf den Tisch.

Berlin mangelt es nicht an Flächen – aber am politischen Willen, sie zu bebauen. Das Tempelhofer Feld und viele weitere Gebiete eignen sich zumindest teilweise. Mit klimaschonenden Verfahren kann die Stadt hier Vorreiter werden. Allerdings gibt es Konflikte zwischen Wohnen und Wirtschaften. Sie dürfen nicht zu Lasten der Unternehmen gelöst werden, die ebenfalls unter der Flächenknappheit leiden.

Preise staatlich zu begrenzen oder gar Unternehmen zu enteignen, ist der falsche Weg. Berlin muss solchen tiefen **Markteingriffen eine Absage erteilen** und stattdessen dafür sorgen, dass das Angebot steigt.

In der **Kooperation mit Brandenburg** liegt ein Schlüssel zur Lösung der Wohnungsprobleme. Dazu ist eine bessere länderübergreifende Planung und ein Ausbau der Verkehrswege nötig. Generell muss die Zusammenarbeit von Berlin und Brandenburg systematischer und zielgerichteter werden. Der „Strategische Gesamtrahmen“ muss zur Richtschnur des politisch-administrativen Handelns beider Landesregierungen werden.

Wohnungsbau in Berlin 2017 bis 2021



Anzahl Baugenehmigungen
Quelle: Amt für Statistik
Berlin-Brandenburg, Grafik UVB

Impressum

Herausgeber

Christian Amsinck
Vereinigung der Unternehmensverbände
in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB)
Am Schillertheater 2, 10625 Berlin
www.uvb-online.de

Redaktion

Carsten Brönstrup, Oliver Panne

Bildnachweis

Titel: Sliver - stock.adobe.com
Kapitel 1: Dmitry Nikolaev - stock.adobe.com
Kapitel 2: peterschreiber.media - stock.adobe.com
Kapitel 3: prostooleh - stock.adobe.com
Kapitel 4: johoo - stock.adobe.com
Kapitel 5: Shutter B - stock.adobe.com
Kapitel 6: VanHope - stock.adobe.com
Kapitel 7: kara - stock.adobe.com

© 2022: Alle Rechte vorbehalten. Ohne Genehmigung
des Herausgebers sind die Aufnahme in Datenbanken,
der Nachdruck und die Vervielfältigung der vorliegenden
Broschüre oder von Teilen daraus nicht gestattet.

Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind der wirtschafts- und sozialpolitische Spitzenverband der Region. Ihm gehören rund 60 Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände aus Industrie, Handel, Versicherungs- und Dienstleistungsbranchen sowie des Handwerks in Berlin und Brandenburg an. Zu den weiteren Mitgliedern zählen bundesweit tätige Verbände ohne regionale Gliederung, die aber zur Vertretung ihrer hier ansässigen Mitgliedsunternehmen in der regionalen Spitzenorganisation mitwirken. Die UVB ist gleichzeitig Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und nimmt die Aufgaben der Landesvertretung Berlin und Brandenburg des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) wahr.

UVB Hauptgeschäftsstelle

Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Telefon: (030) 310 05 - 0
Internet: www.uvb-online.de
E-Mail: uvb@uvb-online.de

UVB Bezirksgeschäftsstelle Potsdam

Schlaatzweg 1
14473 Potsdam
Ansprechpartner: Elmar Stollenwerk
Telefon: (0331) 271 65 - 0
E-Mail: elmar.stollenwerk@uvb-online.de

UVB Bezirksgeschäftsstelle Cottbus

Inselstr. 24
03046 Cottbus
Ansprechpartner: Eberhard Tomsche
Telefon: (0355) 780 29 - 0
E-Mail: eberhard.tomsche@uvb-online.de

UVB Bezirksgeschäftsstelle Frankfurt (Oder)

Potsdamer Str. 1-2
15234 Frankfurt (Oder)
Ansprechpartner: Jens Nupnau
Telefon: (0335) 55 69 318
E-Mail: jens.nupnau@uvb-online.de

Werkarztzentrum der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg e. V.

Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Telefon: (030) 892 80 11
Internet: www.wazb.de
E-Mail: WAZBerlin@t-online.de

Tagungszentrum der Wirtschaft für Berlin und Brandenburg

Hubertusstock 2
16247 Joachimsthal
Ansprechpartner: Bernd Kanzow
Telefon: (033363) 50 5
Internet: www.tagungs-zentrum.de
E-Mail: info@tagungs-zentrum.de

bbw Bildungswerk der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg e. V.

Hauptgeschäftsstelle
Am Schillertheater 2
10625 Berlin
Telefon: (030) 310 05 - 0
Internet: www.bbw-gruppe.de
E-Mail: info@bbw-berlin.de

bbw Hochschule

Leibnizstr. 11-13
10625 Berlin
Telefon: (030) 319 909 50

bbw Akademie für Betriebswirtschaftliche Weiterbildung GmbH

Rheinpfalzallee 82
10318 Berlin
Telefon: (030) 509 29 -211

bbw Bildungszentrum Ostbrandenburg GmbH Niederlassung Frankfurt (Oder)

Potsdamer Str. 1-2
15234 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 55 69 300